

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2020064

Absender / Institution: BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.

Themenschwerpunkt: Gleichstellung

Antwortvorgaben:

Frage: Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

Antwort:

Niemandem kann ein Coming-out vorgeschrieben werden bzw. er oder sie dazu gezwungen werden. Wir Freie Demokraten wollen mit einem offenen und selbstverständlichen Umgang eine Atmosphäre schaffen, in der sich auch bisexuelle Menschen gerne offen zu sich und ihrer sexuellen Orientierung bekennen.

Frage: Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31youngov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Antwort:

Die Fragen 2 – 4 werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freie Demokraten stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger wollen wir Toleranz und Akzeptanz in der Gesellschaft stärken.

Wir unterstützen daher das Ziel, Jugendliche im Rahmen der Bildungspolitik für die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in unserer Gesellschaft zu sensibilisieren. Altersadäquate Aufklärungsarbeit

muss unserer Ansicht nach schon von klein auf beginnen und Bestandteil des Unterrichts an Schulen und Berufsschulen sein. Die entsprechende Aufklärungsarbeit an Schulen ist eine wichtige Voraussetzung, um ein Lern- und später Arbeitsumfeld zu entwickeln, in dem jeder Mensch sich selbstbestimmt entfalten kann.

Auch ehrenamtliche Schulaufklärungsprojekte, insbesondere solche, die einer Peer-Group-Education folgen, bei denen junge Menschen Schülerinnen und Schüler aus ihrem Leben und von ihrem Coming-Out berichten, sollten sachgerecht gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in Hamburg die Mittel für entsprechende LSBTI-Projekte zur Verfügung gestellt und dem Bedarf entsprechend erhöht werden.

Wir Freie Demokraten trauen den Schulen im Rahmen der bestehenden Rahmenpläne und der Schulautonomie zu, den Themenkreis LSBTI und die Entwicklung von Regenbogenkompetenz eigenständig aufzunehmen und entsprechend inhaltlich umzusetzen. Es wäre aber denkbar, Kooperations-Bildungsprojekte mit den Communities zu stärken.

Wir befürworten eine Evaluation der bestehenden Lehrmaterialien, damit mit entsprechend aktuellen und informativen Mitteln im Unterricht die Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, Identitäten und kultureller Hintergründe vermittelt werden kann. Feste Quoten oder Quoren für die Präsenz von LSBTI beispielsweise in formulierten Schulaufgaben lehnen wir jedoch ab.

Das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss ein Thema in sowohl in der schulischen, als auch in der pädagogischen Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sein.

Frage: **Frage 3:**

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.

In Hamburg gibt es seit 2017 den „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (<https://www.hamburg.de/zusammenhalt/10021120/akzeptanz-vielfalt/>).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Antwort:

Siehe Antwort auf die Fragen 2-4.

Frage: **Frage 4:**

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich

gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Antwort:

Siehe Antwort auf die Fragen 2-4.

Frage: Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:
https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html
, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Hamburg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge am Rathaus oder einer Behörde gehisst wird? Welche?

Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Antwort:

Siehe Antwort auf die Frage 6.

Frage: In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

Dieses Jahr ist nicht nur das Jubiläum „40 Jahre CSD Hamburg“, sondern auch „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2020 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in die Hamburger Bürgerschaft einbringen?

Antwort:

Am Familienministerium in Kiel wurde am 21.9. die Flagge der Bisexuellen gehisst, um anlässlich des Internationalen Tages der Bisexuellen am 23. September die Sichtbarkeit bisexueller Menschen zu unterstützen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen, gleich welcher sexuellen Identität und Orientierung, Achtung und Akzeptanz genießen. Es sollte selbstverständlich sein, dass Bisexuelle Menschen Teil dieser Gesellschaft sind. Bereits jährlich wird am Hamburger Rathaus im Rahmen der Pride Week die Flagge der Bisexuellen gehisst, um ein Zeichen für deren Sichtbarkeit zu setzen.

Wir Freie Demokraten wollen einen Beitrag dazu leisten, eine noch größere Sichtbarkeit zu erreichen, sodass insgesamt ein offeneres gesellschaftliches Klima in Hamburg entsteht und sich Menschen jeglicher sexuellen Orientierung wohl und willkommen fühlen. Entsprechende Aktionen unterstützen und befürworten wir und streben fortlaufend an parallel im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Initiativen einzubringen, welche das Ziel der Erhöhung der Sichtbarkeit unterstützen.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

Frage: https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Antwort:

Wir Freie Demokraten unterstützen die Ausstattung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld mit zusätzlichen finanziellen Mitteln, welche zahlreiche Forschungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördert. Wir setzen uns dafür ein, dass unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die Forschung vorangetrieben wird. Die Ergebnisse sollen als Grundlage für politische Initiativen dienen und in der politischen Arbeit Einfluss nehmen.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,

Frage: <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Antwort:

Strafrechtlich relevante Äußerungen sollten stets entsprechende Konsequenzen durch die Strafverfolgungsbehörden nach sich ziehen. Wir Freie Demokraten stehen einer LSBTI-feindlichen Hetze entschieden entgegen. Politikerinnen und Politiker erfahren die wirksamsten Konsequenzen unserer Ansicht nach über Wahlen.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten halten eine Hierarchisierung des Hasses für schlicht falsch und fordern, dass in sämtlichen Bereichen, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus wirken, auch Homo-, Bi- und Transphobie umfasst werden. Eine klare Benennung von rassistischem Hass im deutschen Recht bei Nichtbenennung des homo-, bi- und transphoben Hasses setzt falsche Signale.

Wir Freie Demokraten wollen die Selbstwirksamkeitserfahrung der Menschen und der Communities durch den Landesaktionsplan stärken. Eine größere öffentlichkeitswirksame Kampagne, analog der Informationskampagnen im Bereich „Häusliche Gewalt“ wäre in diesem Bereich eine zu diskutierende Möglichkeit. Darüber hinaus setzen wir uns für den Auftrag einer Studie ein, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen. Durch Auswertung entsprechender Studien können Erkenntnisse gewonnen werden, wie eine effektive Präventionsarbeit geleistet werden kann.

Frage: Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegeln für Männer, die mit Männern Sex haben?

Antwort:

Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Antisemitismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft.

Wir haben uns bereits in der Vergangenheit stets klar dafür ausgesprochen, das überholte und schon lange nicht mehr zeitgemäße Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abzuschaffen. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein, denn auch die jetzt geltende Regelung von sexueller Abstinenz von mindestens zwölf Monaten ist diskriminierend und nicht zielführend.

Frage: **Frage 11:**

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Antwort:

Fachverbände und betroffene Menschen müssen im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen stets so früh wie möglich in Entstehungsprozesse eingebunden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die parlamentarischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die bestmögliche Grundlage für Gesetze zu schaffen, damit jene, die davon betroffen sind, ihre Eindrücke und Bedenken schildern können. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Gesetze auch anwendbar und umsetzbar sind und ihre Zielrichtung nicht verfehlt wird.

Frage:

Frage 12:

Auch heute werden noch **intersexuelle Kinder** ohne medizinischen Grund operiert oder wie manche sagen „**genitalverstümmelt**“: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Antwort:

Intergeschlechtliche Kinder sollten so spät wie möglich und nicht ohne medizinischen Grund Operationen unterzogen werden. Eine Operation im frühen Kindesalter sollte stets nur dann durchgeführt werden, wenn sich eine medizinische Notwendigkeit ergibt und das Leben und die Gesundheit des Kindes durch die Maßnahme geschützt werden. Rein kosmetische Gründe sollten nicht zu solch gravierenden Eingriffen führen. Kinder müssen die Möglichkeit haben sich persönlich zu entwickeln und zu einem spätmöglichen Zeitpunkt die Freiheit besitzen selbst entscheiden zu können, welchem Geschlecht sie sich näher fühlen oder gar bei medizinischer Unbedenklichkeit unoperiert zu bleiben.

Frage: **Frage 13:**

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>).

Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten setzen uns ein für eine Anpassung des Diskriminierungskatalogs in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz an die der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.

Frage:

Frage 14:

Die Grünen haben ein Gutachten für ein **Regenbogenhaus** erstellt (<https://www.farid-mueller.de/2019/12/zum-nachlesen-gutachten-zu-einem-regenbogenhaus-fuer-hamburg/>).

Bis wann wird das Projekt umgesetzt? Werden Bisexuelle dabei mitberücksichtigt?

Nicht-Grüne: Unterstützen Sie dieses Projekt oder was planen Sie stattdessen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten unterstützen den Gedanken eines Regenbogenhauses und freuen uns über die Ergebnisse des Gutachtens. Diese sind schnellstmöglich auszuwerten, um Strategien zu entwickeln

und Möglichkeiten abzuwägen, die eine zügige Umsetzung eines entsprechenden Projekts möglich machen. Wir sehen in einem Regenbogenhaus die Möglichkeit ein weiteres Zeichen für die Vielfalt Hamburgs setzen zu können und setzen uns für finanzielle Unterstützung zur Umsetzung eines entsprechenden Projekts ein.

Frage: **Frage 15:**

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Dennoch scheinen sie der Partei alles durchgehen zu lassen – von zutiefst **menschenrechtsfeindlichen Äußerungen** (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext!/5573132/>) bis hin zu **AfD-Denunziationsplattformen** zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Während in Mecklenburg-Vorpommern jenes Portal nach wenigen Tagen verboten wurde, folgt der Schulsenator Ties Rabe (SPD) den Forderungen der AfD und reagiert unverhältnismäßig (vgl. <https://taz.de/Kommentar-Sticker-an-Ida-Ehre-Schule!/5579476/>).

Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?

Wann und wie werden Sie dafür sorgen, dass das Denunziationsportal verboten wird? Oder warum lassen Sie solche Formen bestehen, die es zuletzt im Dritten Reich in Hamburg gegeben hat?

Antwort:

Wir Freie Demokraten stehen klar gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus. Sämtliche extremistische Bestrebungen werden von uns bekämpft und erfahren keinerlei parlamentarische Unterstützung. Sofern es notwendig ist, unterstützen wir auch entsprechende Verbote, stets jedoch unter Beachtung unserer Verfassung und der sich daraus ergebenden Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger und auch die Rechte parlamentarisch legitimierter Parteien.

Frage:

Frage 16:

Der **Klimawandel** ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen.

Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen?

Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird.

Antwort:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns Liberale steht nicht zur Debatte, ob ein wirksamer Klimaschutz stattfinden muss. Vielmehr wollen wir ihn ambitioniert und lösungsorientiert angehen. Unser Ziel ist es, Umweltbelastungen spürbar zu senken und zugleich die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt zu verbessern, insbesondere auch, um den nachfolgenden Generationen eine in jeder Hinsicht lebens- und wertvolle Stadt zu hinterlassen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Maßnahmen zum Klimaschutz die Akzeptanz der Bürger voraussetzen. Hierbei stellen wir uns optimistisch und mit aller Entschiedenheit jedwedem Versuch der Instrumentalisierung über Schreckensszenarien oder dem Schüren von Ängsten entgegen.

Hamburgs Beitrag zum weltweiten CO₂-Ausstoß ist überschaubar. Wenn wir einen tatsächlich messbaren Effekt für die Verbesserung des Klimas erreichen wollen, wird dies nicht über Verbote und Einschränkungen gelingen. Hamburg bietet mit seiner ausdifferenzierten Forschungslandschaft und dem Exzellenzcluster CliSAP („Integrated Climate System Analysis and Prediction“) hervorragende Bedingungen für die Erforschung neuer Technologien und Möglichkeiten, dem Klimawandel überall auf der Welt entgegenzuwirken. An dieser Stelle müssen wir massiv investieren. Hierzu gehört auch die Förderung der Erforschung und praktischen Anwendung von Wasserstoff aus regenerativen Energien.

In der Metropolregion Hamburg befindet sich das drittgrößte Luftfahrt-Cluster der Welt. Für die Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Hamburg ist die Luftfahrtbranche von hoher Bedeutung. In der Metropolregion Hamburg sind über 40.000 Mitarbeiter und rund 300 Unternehmen in der Luftfahrtbranche beschäftigt, die zu einer enormen Bruttowertschöpfung beitragen. Wir befürworten das Bestreben des Flughafens, klimaneutral zu werden und unterstützen dazu sinnvolle Forschungsprojekte, die alternative Antriebe und umweltfreundliche Technologien vorantreiben. Der Hamburger Flughafen und die Akteure im Spitzen-Cluster sollen Referenzstandort für die Mobilität der Zukunft werden.

Der Hafen ist nicht nur Hamburgs bzw. Deutschlands „Tor zur Welt“, sondern auch das pulsierende wirtschaftliche Herz der Stadt. Aber nicht nur die Fahrrinnenanpassung ist für Hamburg wegweisend. Neben der seeseitigen Erreichbarkeit sind die Straßen- und Schienenanbindungen des Hafens sowie die Erreichbarkeit per Binnenschiff von zentraler Bedeutung. Der Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Häfen aufgrund der sehr guten Hafenhinterlandanbindung gerät mehr und mehr in Gefahr. Damit wird auch dem Umwelt- und Klimaschutz ein Bärendienst erwiesen, da der Transport tausender Tonnen Güter per Seeschiff möglichst weit hinein in das Hinterland die mit Abstand umweltfreundlichste Form des Warentransports ist. Kilometerlange Staus auf den Zubringerautobahnen und lange Wartezeiten bei der Verladung von Gütern auf die Schiene wurden jedoch in den letzten Jahren immer mehr zum Wachstumshemmnis für den Hamburger Hafen und führen mittel- und langfristig zu einer massiven Verlagerung von Verkehrsströmen.

Frage: **Frage 17:**

Was möchten Sie noch ergänzen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten werden stets aktiv darauf hinarbeiten, jede Form der Diskriminierung gegenüber LSBTI zu bekämpfen und abzubauen, sachliche Aufklärung zu ermöglichen und zu fördern, Menschenrechtsverletzungen an LSBTI zu sanktionieren und ein Hamburg der Vielfalt zu schaffen – mit Einsatz in den Ausschüssen, im Plenum und in unserer Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist Kernbestand unserer Bürger- und Menschenrechtspolitik und folgt unserem Leitbild, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen voranzubringen